

Liebe Genossinnen liebe Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,



vergangenen Mittwoch bis Freitag war wieder Plenum im Landtag in Hannover. Von größter Bedeutung war die Entscheidung über die Wiedereinführung der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Vor 12 Jahren musste die Landeszentrale ihre Arbeit einstellen. Die Abschaffung der Bildungszentrale durch die damalige CDU/FDP-Regierung unter Wulff war ein Fehler, den wir nun korrigiert

haben. Am Ende konnten sich auch CDU und FDP dazu durchringen geschlossen für die Wiedereinrichtung zu stimmen, das ist erfreulich. Umweltthema in erster Beratung war das Thema „Repowering“. Damit Konflikttherde um Windkraftträder beruhigt oder gar verhindert werden können, hoffe ich, dass die Chancen der Kraftwerkserneuerung wahrgenommen werden. Ihr und Euer

Axel Brammer

VORWÄRTS NIEDERSACHSEN.



Auf der Tagesordnung:

u.a.

Neue Landeszentrale
für politische Bildung

Gegen Propaganda und
Hetze im Internet

Chancen des Repowerings nutzen

Ergänzendes Hilfesystem für Opfer des
sexuellen Missbrauchs

Neue Landeszentrale wird Werbeagentur für Demokratie

Nach 12 Jahren wurde nun endlich beschlossen die Landeszentrale für politische Bildung wieder einzurichten. Das halte ich gerade angesichts des Salafismus, Rechtsextremismus und islamistischen sowie rechtsradikalen Terrors für absolut sinnvoll. Die Abschaffung der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung im Jahr 2004 war ein schwerwiegender Fehler der damaligen CDU/FDP-Landesregierung. Viele Aufgaben der Landeszentrale konnten nicht von anderen Institutionen kompensiert werden, eine unabhängige, zielgruppengerechte und niedrigschwellig arbeitende und kommunizierende Institution fehlt seitdem. Ich halte es für sehr wichtig Schulen, die Erwachsenenbildung, zivilgesellschaftliche Initiativen und Ehrenamtliche bei der politischen Bildungsarbeit zu



unterstützen. Deshalb stehe ich vollkommen hinter der Wiedereinführung der Landeszentrale für politische Bildung und setze mich dafür ein, dass dieser in Zukunft dauerhaft hinreichend Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Politische Bildung im Sinne der Demokratie muss überparteilich und unabhängig von der jeweils aktuell gebildeten Landesregierung betrieben werden. Dass alle Fraktionen am Ende der Beratungen hinter der Wiedereinführung standen, begrüße ich.

Chancen des Repowerings nutzen!

Niedersachsen ist das Windenergieland Nr. 1 und stellt ein Fünftel der in der BRD installierten Megawattleistung. Um unseren Beitrag zum Klimaschutz noch weiter zu erhöhen, setzen sich SPD und Grüne dafür ein geeignete Flächen für den Ausbau der Windenergie noch effizienter sowie natur- und sozialverträglicher zu nutzen und gestalten. Deshalb fordern wir Maßnahmen, die das sogenannte Repowering, also quasi die Überholung von alten Windanlagen durch technisch optimierte und leistungsstärkere Anlagen, vorantreiben. Durch innovativere Windenergieanlagen kann mehr grüner Strom produziert werden, während Flächenkonflikte reduziert werden. Es ist deshalb absolut sinnvoll die Anreize für Repoweringmaßnahmen zu erhöhen. Die Chancen des Repowerings sollten wir konsequent ausnutzen.

Ergänzendes Hilfesystem für Opfer sexuellen Missbrauchs

Alle Landtagsfraktionen haben ihre Unterstützung bei der Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches gegen sexuellen Kindesmissbrauch zugesichert. Damit ist der Weg frei zur Schaffung eines Ergänzenden Hilfesystems für diejenigen, die in ihrer Kindheit sexuellen Missbrauch in Einrichtungen des Landes erlitten haben und noch heute an dessen Folgewirkungen leiden. Antragsteller können nun Sachleistungen im Wert von maximal 10.000€ beantragen, die helfen sollen die Folgen des Missbrauchs zu mindern oder zu beseitigen. Anträge können von Betroffenen gestellt werden, die im Zeitraum nach der Gründung der BRD bis zum 30. Juni 2013 als Minderjährige missbraucht wurden.

Gegen Propaganda und Hetze im Netz

Beleidigungen und Bedrohungen in sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter haben dramatisch zugenommen und tragen zu einem Klima der Angst sowie zur Ermutigung der Verübung von Anschlägen gegen Flüchtlinge bei. Das kann so nicht weitergehen! Volksverhetzende Inhalte sind intolerabel und umgehend zu löschen. Deshalb halte ich die Initiative der Landesregierung, u. a. die Betreiber sozialer Internetnetzwerke stärker in die Verantwortung zu nehmen und das Strafrecht auch auf verfassungsfeindliche Inhalte auszuweiten, die im Ausland ins Internet eingestellt werden, für vollkommen richtig und notwendig. Auch die niedersächsische Polizei muss weiter auf die Bekämpfung von Cybercrime ausgerichtet werden.